

# libertal

Vierteljahresshefte für Politik und Kultur



Werner Maibaum  
»Forschungsprojekt Sozialismustheorie«  
Aspekte der Politikberatung in der DDR

Andreas Reichel  
Verlangt die Jugend Perestroika auch im Westen?

## Südliches Afrika

Klaus Frhr. von der Ropp, Ronald Meinardus, Carl Friedrich Wolf,  
Frederik Van Zyl Slabbert, Gerhart Raichle, Rainer Erkens, Heribert Weiland

Peter Steinbach  
Erosion des Liberalismus im Kaiserreich

Friedrich-Franz Wiese  
Arno Esch 1928–1951

Jürgen C. Heß  
»Im Schatten Adenauers«?

Herausgeber: Wolfgang Mischnick

# Perestrojka in Pretoria? Nationale und internationale Reaktionen

Klaus Freiherr von der Ropp

## Friedensinitiativen im südlichen Afrika

Die zurückliegenden dreißig Jahre wurden im südlichen Afrika durch Kolonial- und anschließende Bürgerkriege, in die sich dritte Staaten, darunter vor allem die Republik Südafrika, einmischten, durch den über zwanzig Jahre währenden namibischen Unabhängigkeitskrieg sowie den Kampf gegen das fortbestehende Minderheitsregime der weißen Afrikaner in Pretoria geprägt. Schon die Regierung des Staatspräsidenten P. W. Botha war ab etwa 1987/88 hier um grundlegende Veränderungen bemüht. Vermehrt dürfte das für die seit Herbst 1989 amtierende Administration von Staatspräsident F. W. de Klerk gelten. Eine drastisch verschlechterte Wirtschaftslage, ein Erstarken des in Angola stationierten kubanischen Expeditionskorps sowie eine optimale amerikanisch-sowjetisch-britische Diplomatie haben Pretoria zum Umdenken gezwungen.

## Von der Unfähigkeit Angolas und Mozambiques zum Frieden

Anfang der 60er Jahre hatten sich in Angola und Mozambique teils miteinander rivalisierende Befreiungsbewegungen gegen die portugiesische Kolonialmacht erhoben. Das führte nach dem Militärputsch in Lissabon 1974/75 zum fluchtartigen Abzug Portugals aus fünf Jahrhunderte zuvor selbstgewählter Verantwortung.

In Angola übernahm dank der so vielfältigen, nicht zuletzt militärischen Unterstützung der UdSSR, Kubas, der DDR und anderer RGW-Staaten die Befreiungsbewegung MPLA die Regierungsverantwortung. Dem widersetzte sich die gefolgschaftsstarke Befreiungsbewegung UNITA, die zunächst nur die Unterstützung der Republik Südafrika, seit Mitte der 80er Jahre aber auch die der USA genoß. Die von den neuen Machthabern in Luanda erzwungene Flucht von über 400.000 portugiesischen Siedlern, die statt an

afrikanischen Realitäten an den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus orientierte Politik der MPLA sowie der Bürgerkrieg stürzten das vom wirtschaftlichen Potential her reiche Angola in einen Zustand von Chaos und Anarchie. Das Bemühen<sup>1</sup> des Staatspräsidenten von Zaire, Mobutu, von Ende 1989, den angolanischen Bürgerkrieg beizulegen, führte nur zu einem etwa einwöchigen Waffenstillstand, da hier, wie Allister Sparks treffend formulierte, nur ein »hybrid agreement, half-public, half-unwritten understanding, that was a recipe for later disputation« zustande kam. Die MPLA war weiterhin nicht bereit, sich der politischen Herausforderung UNITAs zu stellen. So bot sie ihr nur eine Amnestie und die Integration in die vorhandenen Partei- und Staatsstrukturen an. Vor allem war sie nicht willens, dem durch die große Brutalität seiner Kriegsführung diskreditierten, jedoch charismatischen Präsidenten der UNITA, Jonas Savimbi, eine adäquate Rolle in dem neuen Angola zuzugestehen. So mußten alle Bemühungen Mobutus, wie dann auch geschehen, kläglich scheitern. Heute hat es den Anschein, als vermöchten selbst die Supermächte die von ihnen weiterhin unterstützten Parteien MPLA beziehungsweise UNITA nicht dazu zu bringen, von einer völligen Zerstörung Angolas abzusehen.

Auch die von Bischöfen des Landes getragenen Anstrengungen, die Frelimo-Regierung Mozambiques und die Rebellenbewegung Renamo zu Friedensgesprächen zusammenzuführen, haben bislang keine Frucht getragen. Ebenso wie die MPLA in Angola, so hat sich auch die Frelimo in Mozambique nie einer Wahl gestellt. Anders als die angolanische Regierungspartei hatte sie jedoch bei Regierungsantritt Mitte der 70er Jahre keinen politischen Rivalen zu fürchten. Renamo ist nämlich weitgehend das Ziehkind südrhodesischer und seit 1980 südafrikanischer Geheimdienste. Nach Aussage von Mitgliedern der Gruppe kirchlicher Unterhändler vermochte sich Renamo jedoch die Unzufriedenheit vieler Mozambiquaner

*Klaus Freiherr von der Ropp, Dr. jur., geb. 1938, ist freiberuflich in Köln als Berater für Fragen des südlichen Afrikas wie auch der Zusammenarbeit EWG/AKP tätig.*

*1 Siehe dazu vor allem Robert von Lucius »Verhandlungen sollen die Bürgerkriege in Mozambique und Angola beenden« in FAZ vom 8. August 1989, Seite 4.*

mit der auch hier an den Prinzipien des Marxismus Leninismus orientierten Politik der Regierung in Maputo zu Nutzen zu machen. So gibt es heute durchaus Stimmen, die davon abraten, in Renamo nur eine von Banditentum geprägte Bewegung zu sehen. Gleichwohl ist Frelimo nicht bereit, sich ihr in Wahlen zu stellen. Auch Frelimo bietet dem politischen Rivalen nur Amnestie und Integration in die bestehenden Partei- und Staatsstrukturen. Daran scheiterten die im August 1989 in Nairobi von mozambiquanischen Bischöfen vorbereiteten und dann, so die ursprüngliche Planung, von den Staatspräsidenten Moi (Kenia) und Mugabe (Zimbabwe) fortzuführenden Verhandlungen zur Beilegung des Krieges in Mozambique. Es erscheint wahrscheinlich, daß Pretoria vielfachen Beteuerungen und selbst vertraglichen Verpflichtungen (Vertrag von Nkomati aus dem Jahre 1984) zum Trotz die Renamo-Rebellen im Kampf gegen die Regierung in Maputo weiterhin militärisch unterstützt.

### **Namibia auf dem Weg in die staatliche Unabhängigkeit**

Erfolgreich waren die Vermittlungsbemühungen der in einer Kontaktgruppe II zusammengeschlossenen Staaten USA, UdSSR und Großbritannien<sup>2</sup>. Ihre offiziell im Mai 1988 in London aufgenommene Diplomatie führte schon im Dezember 1988 zum Abschluß des Vertrages von New York. Unterzeichnet wurde er von Südafrika, Angola und Kuba. In diesem Abkommen wurden drei Sachverhalte geregelt, nämlich die Implementierung des in Resolution 435 (1978) des UN-Sicherheitsrates niedergelegten Plans zur Entlassung Namibias in die international anerkannte Unabhängigkeit, der phasenweise Abzug des etwa 50000 Mann starken kubanischen Expeditionscorps aus Angola und schließlich Einzelheiten eines angolanisch-südafrikanischen »Antisubversionsvertrages«. In Ausführung des letzteren stellten Angola seine Unterstützung für den (südafrikanischen) ANC und Pretoria seine Hilfe für die UNITA ein.

Washington und London hatten bei dem Bemühen um eine Beilegung der Konflikte im südwestlichen Afrika ab Mitte 1981 auf das Engste

zusammengearbeitet. Unter Führung des in hohem Maße sachkundigen Assistant Secretary of State for African Affairs, Chester A. Crocker, taten sie dies in bewußter Abkehr von der Namibia-Initiative der »westlichen Fünf« (USA, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Kanada) vom März 1977. Die letztere war wohl von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Denn ihren Vätern in Washington und Bonn fehlte es außer an Behutsamkeit an Sachkunde. Eben diese Behutsamkeit und Sachkunde legten 1988/89 neben Washington und London auch die Sowjets an den Tag. Ihnen allen war klar, daß Pretoria nach über zwanzig Jahren des Krieges in Namibia seine Positionen im Südwesten Afrikas nur aufgeben würde, wenn es nicht, so jedoch die Vorstellung in Washington und Bonn zum Ende der 70er Jahre, anschließend zur Kapitulation in Südafrika gedrängt werden würde.

Eine Reihe von Anzeichen sprechen dafür, daß die amerikanischen, sowjetischen und britischen Unterhändler 1988 mit Pretoria nicht nur über Namibia und Angola, sondern auch über das Post-Apartheid-Südafrika gesprochen haben. Gemeinsam mögen sie unter Federführung der hier überragenden britischen Diplomatie schon damals nach Ansätzen einer Lösung sui generis für die Probleme Südafrikas gesucht haben, um so den fünf Millionen weißen Afrikanern die Existenzangst zu nehmen. Künftige Historiker werden darlegen, daß es dem inzwischen verstorbenen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zu danken war, wenn sich damals binnen kurzem ein Vertrauensverhältnis zwischen Pretoria und Moskau entwickeln konnte. Strauß überbrachte nämlich, aus Moskau zurückgekehrt, Anfang 1988 den Südafrikanern eine Botschaft der Sowjets, wonach diese jetzt nicht mehr nach einer militärischen, sondern nach einer politischen Lösung des Südafrikakonflikts suchten. Ein Indiz für die Annäherung der sowjetischen an die britische Südafrikapolitik mag sein, daß der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe im Mai 1988 in einer Grundsatzrede Boris Asoyan, den führenden Südafrika-Spezialisten der sowjetischen Diplomatie zitierte, der von Südafrikas »multifaceted, dynamic, extremely complex and confused reality« gesprochen hatte<sup>3</sup>.

<sup>3</sup> In »South Africa: No Easy Answers«, dort als Vorspann zu dem Referat Howes in »Perspectives on Africa«, prepared for the Foreign and Commonwealth Office by the Centre Office of Information, London, 1988.

<sup>2</sup> Dazu Klaus Freiberr von der Ropp »Friedensinitiativen im Südwesten Afrikas« in *Aussenpolitik*, 1989/2, Seite 193 – 205.

Eher beiläufig sei an dieser Stelle vermerkt, daß von den Außenpolitikern der FDP einzig deren Bundesvorsitzender, Otto Graf Lambsdorff, eine Politik fordert, die auf der Linie der heutigen britisch-sowjetisch-amerikanischen Vorstellungen liegt. Seine diesbezüglichen Äußerungen sind stark von seinen vielen Gesprächen mit Van Zyl Slabbert, einem der führenden Köpfe der außerparlamentarischen Opposition in Südafrika, geprägt. Sie alle laufen im Grunde auf zwei Kernsätze hinaus: Ohne Befreiung der schwarzen Südafrikaner vom Joch der Apartheid wird es für die weißen Südafrikaner keine Sicherheit mehr geben. Auf der anderen Seite ist weiße Sicherheit der Schlüssel zu schwarzer Freiheit<sup>4</sup>. Es bleibt zu hoffen, daß sich die liberale Fraktion im Deutschen Bundestag und darüber hinaus die Bundesregierung diese Konzeption, die übrigens stark an einschlägige Äußerungen von Egon Bahr angelehnt ist<sup>5</sup>, zu eigen macht. Erst wenn Bonn so nicht länger die Kapitulation des Afrikanerdoms in Südafrika fordert, wird seine Politik eine wichtige und wertvolle Unterstützung der britisch-sowjetisch-amerikanischen Diplomatie sein.

Zum Erfolg der Namibia-Politik der neuen Kontaktgruppe haben zwei weitere Faktoren sehr wesentlich beigetragen. Die prekäre politische Lage hat einen solchen wirtschaftlichen Niedergang<sup>6</sup> bewirkt, daß Pretoria sich nicht mehr in der Lage sah, die Kriege in Angola und Namibia zu finanzieren. Die vielfältigen seit Mitte der 80er Jahre gegen Pretoria verhängten Wirtschaftssanktionen hatten Frucht getragen! Ferner waren die kubanischen und angolanischen Streitkräfte dank

der Lieferung modernsten sowjetischen Kriegsgeräts jetzt für SADF/SWATEF zu einem sehr starken Gegner geworden. Insbesondere machte Pretoria der Verlust der Luftüberlegenheit in Angola zu schaffen. Südafrika war nicht in der Lage, den für die Fortführung des Krieges erforderlichen höheren Preis zu zahlen. Die wachsende Zahl zunächst jüdischer und englischsprachiger und dann auch afrikaanser Wehrdienstverweigerer verbot das. Ferner geboten die durch das Waffenembargo des UN-Sicherheitsrates vom November 1977 bedingten Schwierigkeiten bei der Beschaffung von bestimmten Rüstungsgütern die Beendigung des Krieges.

Vereinbarungsgemäß wurden 1989 die kubanischen Truppen stufenweise aus Angola abgezogen, die ANC-Basen in Angola aufgelöst, die dort bislang stationierten MK-Soldaten außer Landes gebracht sowie die Unterstützung Pretorias für UNITA beendet. Ferner wurde vom 1. April 1989 an der Plan zur Entlassung Namibias in die international anerkannte Unabhängigkeit in die Tat umgesetzt.

Alle Parteien des Vertrages von New York waren sichtlich und mit Erfolg bemüht, ihre Verpflichtungen präzise zu erfüllen. Das galt insbesondere auch für die Durchführung der Wahlen in Namibia, die im November 1989 stattfanden. In der aus ihnen hervorgegangenen Verfassungsgebenden Versammlung hat die SWAPO Sam Nujomas mit 41 von 72 Sitzen eine deutliche Mehrheit. Auf die in den Jahren zuvor mit Pretoria eng zusammenarbeitende DTA entfielen immerhin 21 Mandate. Das politische Leben der 1990 in die international anerkannte staatliche Unabhängigkeit zu entlassenden Republik Namibia wird mithin durch SWAPO geprägt werden. Vor allem wirtschaftliche Faktoren wie die infrastrukturelle und handelspolitische Abhängigkeit von Südafrika, die Präsenz der großen südafrikanischen und internationalen Bergbauunternehmen wie auch der Umstand, daß zumindest fürs erste der südafrikanische Rand auch in Namibia gesetzliches Zahlungsmittel sein wird, werden SWAPO anhalten, auf die Interessen des mächtigen Nachbarn viel Rücksicht zu nehmen. Vielleicht wird so die Entkolonisierung Namibias noch relativ erfolgreicher sein als die Zimbabwes. Zimbabwe hat sich im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit zu einem zwar autoritären de facto Einparteiensstaat mit einer im Großen und Ganzen ordentlich funktionierenden Volkswirtschaft entwickelt. Dennoch haben die-

<sup>4</sup> Dazu im einzelnen B. Ostermann »Suche nach gangbaren Wegen/Lambsdorff-Initiative beendet Perspektivlosigkeit bundesdeutscher Afrikapolitik« in *Namibia-Nachrichten* (Windbuk) vom 8./9. Oktober 1989 im Anschluß an Robert von Lucius »Lambsdorff kritisiert die Südafrika-Politik der westlichen Länder/Teilung des Landes als letzter Ausweg? ...« in *FAZ* 8. August 1986, Seite 5. Zuvor bereits ders. »Teilung Südafrikas als Ausweg«, Seite 376-378 in »Frische Luft für Bonn/Eine liberale Politik ...«, Stuttgart, 1987. Weiter: in *Süddeutsche Zeitung* vom 16./17. Juli 1988, Seite XIX »Liberale als Vordenker ...« und *Süddeutsche Zeitung* vom 17./18. September 1988, Seite 151 »Liberale Politik in Südafrika ...« sowie schließlich »White safety is the route to new deal for blacks« in *Sunday Times* (Johannesburg) vom 24. September 1989, Seite 23.

<sup>5</sup> Dazu Klaus Freiherr von der Ropp: »Die Republik Südafrika unter wachsendem internationalem Druck«, Seite 346-359 (hier Seite 355, Fußnote 15) in Wolfgang Wagner u.a. (Herausgeber): »Die Internationale Politik 1985-1986«, München, 1988.

<sup>6</sup> Dazu detailliert Axel J. Halbach »Südafrika: Ökonomische und politische Aspekte einer sich zuspitzenden Krisensituation« in: *ifo-Schnelldienst*, 25-26/88, Seite 36-42.

sem Staat im Lauf der Jahre nahezu zwei Drittel der einheimischen Weißen den Rücken zugekehrt. Die verbliebene Gruppe von weißen Zimbabwern ist stark überaltert. Nach wie vor verlassen vor allem Weiße mit schulpflichtigen Kindern das Land, wohingegen ältere Weiße aus Südafrika und dritten Staaten nach Zimbabwe zurückkehren. Für die modernen Sektoren der zimbabwischen Volkswirtschaft ergeben sich daraus viele Probleme, die oft nicht zu lösen sind.

### **Gibt es eine Chance zur Befriedung Südafrikas?**

Eine wirkliche Beilegung der Konflikte in den Anrainerstaaten Südafrikas setzt wohl die Befriedung der Kap-Republik selbst voraus. Umso wichtiger ist, daß unter Führung der so sachkundigen und sensiblen Diplomatie Großbritanniens die neue Kontaktgruppe ihre Geheimdiplomatie zur Lösung der Konflikte in Südafrika inzwischen intensiviert hat. London und das weniger einflußreiche Washington werden bemüht bleiben, die Regierung in Pretoria zum Nachgeben zu bewegen. Den Sowjets und, mit deutlichen Abstrichen, den sechs Frontstaaten obliegt es, den ANC, die bei weitem wichtigste Gruppe des südafrikanischen Widerstandes, von der Auffassung abzubringen, Pretoria sei in die Knie zu zwingen.

### **Positionen Pretorias**

Regierung und Opposition handeln in Südafrika in einem Land, dessen Volkswirtschaft sich von den Folgen der politischen Unruhen von 1976/77 und 1984/86 nie wirklich erholt hat. Einzig die seit 1985 jeweils zur Jahresmitte erneut erfolgte Verhängung des landesweiten Notstandes hat eine Wiederholung der Aufstände verhindert. Es steht zu erwarten, daß sich der in den zurückliegenden Jahren zu beobachtende Trend fortsetzt, der an die Stelle der wirtschaftlichen Dynamik noch der 70er Jahre Desinvestitionen, Warenboykott, weitgehende Abschottung vom internationalen Kapitalmarkt und damit auch Technologietransfer, Nettokapitalabfluß, Wechselkursverfall, hohe Inflationsrate, den Verlust von Fachkräften und eine in Teilen des Landes (Ost-Kap!) katastrophal hohe Arbeitslosigkeit hat treten lassen.

Vor diesem Hintergrund stellte sich die seit 1948 unangefochten in Pretoria/Kapstadt regierende Nationale Party van Suid-Afrika Anfang September 1989 ihrer weißafrikanischen Wählerschaft. Von ihren Rivalen, das waren die Konservatiewe Party (KP) und die Democratic Party (DP), war ihr die erstere der viel gefährlichere Gegner. Sie propagiert nämlich die Rückkehr Südafrikas zur vermeintlichen Sicherheit des status quo ante, das heißt die Überwindung der in der Ära von Staatspräsident P. W. Botha verwirklichten Reformen und die Rückkehr zur ursprünglichen Apartheid. Die DP hingegen redet einer nicht-rassistischen, westlich-demokratischen Gesellschaft in Südafrika das Wort. Auch in ihr dominiert aber letztlich die Angst vor der übergroßen Zahl der schwarzen Südafrikaner (über siebzig Prozent der Gesamtbevölkerung). Auch in der DP ist die Furcht verbreitet, nach dem Verlust der politischen und militärischen Herrschaft aus Südafrika vertrieben zu werden. In Hilflosigkeit sucht die DP daher nach konkordanzdemokratischen oder föderalen Strukturen für ein neues Südafrika.

Der seit Herbst 1989 amtierende Staatspräsident F. W. de Klerk hat wahrscheinlich erkannt, daß die bisherige Politik einer »modernisierten« Apartheid Südafrika schon bald an den Rand eines Abgrunds von Gewalt führen wird. Von daher distanzieren sich er und nicht wenige seiner politischen Freunde scharf von dem reaktionären Programm der KP. Er bekundet die Bereitschaft, mit dem schwarzen Südafrika eine neue Verfassung auszuhandeln. Bereits sein Vorgänger im Amt war hier wohl in manchem einsichtiger, als seine politischen Gegner es wahrhaben wollen. Denn schon in der Amtszeit von P. W. Botha trafen vier von dessen Ministern (Kobie Coetsee, Stoffel van der Merwe, Pik Botha und Gerrit Viljoen) mit dem seit 1962 inhaftierten Nelson Mandela zusammen. Und P. W. Botha selbst empfing im Juli 1989 in seinem Kapstädter Amtssitz mit dem ANC-Führer Nelson Mandela seinen bedeutendsten schwarzen Gegenspieler.

Ihre Vorstellungen von einer Post-Apartheid-Gesellschaft legte die NP Mitte 1989 in ihrem sogenannten five-year action plan nieder. Ihn ausländischen Gesprächspartnern zu erläutern war der damals noch nicht in sein heutiges Amt gewählte F. W. de Klerk im Juni 1989 in London, Bonn, Lissabon, Rom und wenig später in Mozambique, in Zaire und in Zambia bemüht. Er

dürfte seine Gastgeber nicht überzeugt haben. Denn nach wie vor zeichnen sich die Vorstellungen seiner Partei durch vages, um nicht zu sagen leeres Reden aus. »The rhetoric of change is unmatched by the substance« urteilt zu Recht ein unbekannter britischer Kritiker. Eckpfeiler auch des neuen Südafrikas bleiben jetzt nach kulturellen Kriterien definierte Volksgruppenrechte. Das NP-Manifest bricht aber mit der »grand Apartheid«, das heißt der Schaffung von schwarzen Satellitenstaaten. Es ist sogar die Rede davon, daß nach entsprechenden Verhandlungen die seit 1976 in die »Unabhängigkeit« entlassenen Reservate Transkei, BophuTswana, Venda und Ciskei wieder in den südafrikanischen Staat eingegliedert werden. Die NP propagiert jetzt ein System, wo »all population groups participate in decision-making on a basis of consensus«. Selbst in konservativen Kreisen der westlichen Welt erinnert dies Programm an die von dem damaligen Erziehungsminister de Klerk mitgetragene Vorstellung von einer »gesunde magdeling« (das ist gesunde Machtteilung) der weißen und braunen Afrikaner. Die Einführung dieses Systems hat nichts an den politischen Machtverhältnissen in Pretoria geändert. Südafrika wird nach wie vor ausschließlich von den weißen Afrikanern regiert. Bei den Wahlen von September 1989 zu dem House of Representatives bzw. dem House of Delegates brachten die gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikaner abermals ihre Geringschätzung für »gesunde Machtteilung« zum Ausdruck. Denn ihre Wahlbeteiligung war teilweise noch geringer als 1984. Damals hatten 18 der Coloureds und 16 von Hundert der Inder von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht.

In ihrer Engstirnigkeit sind viele NP-Politiker immer noch der Meinung, auf der Basis des erwähnten NP-Manifestes eine neue Verfassung mit Teilen des schwarzen Südafrikas aushandeln zu können. Groß ist für sie die Versuchung, mit der unter den in ländlichen Gegenden lebenden Zulus gefolgschaftsstarken Inkatha-Bewegung Mangosuthu Buthelezis, die aber doch nur eine Minderheit der schwarzen Südafrikaner vertritt, eine neue Verfassung auszuhandeln. Teile der Spitze auch der NP sehen allem Anschein nach die Wertlosigkeit solcher Vorstellungen. Nur die Sorge, durch wirkliche Zugeständnisse an den ANC noch mehr frühere NP-Wähler der KP des Pastors Andries Treurnicht zuzuführen, hält sie davon ab, über weitergehende Pläne zu sprechen.

Immerhin gelang es den Verantwortlichen so, die Verluste der NP 1989 in Grenzen zu halten. Die Partei kam bei den Wahlen zum (weißen) House of Assembly auf 48 von Hundert der Stimmen; auf die KP entfielen gut 31 von Hundert und die DP gut zwanzig von Hundert der abgegebenen Stimmen. Die Wahlen wurden von einer Welle des zivilen Ungehorsams vor allem des Mass Democratic Movement (MDM), eines lockereren Zusammenschlusses von dem ANC sehr nahestehenden Gruppierungen, begleitet. Auch gab es abermals Bombenanschläge, politische Streiks und andere Akte des Aufbegehrens vornehmlich von Seiten des MDM. Anscheinend lief die Regierung in Pretoria jedoch nie Gefahr, ähnlich 1976/77 und 1984/86, in Teilen des Landes eine Zeitlang die Kontrolle zu verlieren.

Vieles spricht dafür, daß es Vorstößen der britisch-sowjetischen Diplomatie zu danken ist, wenn sich Pretoria seither um Toleranz auch gegenüber revolutionären Erscheinungen bemüht. Zu denken ist hier an die großen Protestmärsche von September/Oktober 1989, an denen, in der Regel im Anschluß an stark politisierte Gottesdienste, Zehntausende von Demonstranten teilnahmen. An ihnen war auch bemerkenswert, daß sie Anhänger der nach wie vor verfeindeten Befreiungsbewegungen ANC und PAC vereinte. Überall waren, obwohl diese Bewegungen nach wie vor verboten sind, ihre Symbole wie auch die der Südafrikanischen Kommunistischen Partei zu sehen. Ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit den wirklichen Führern des Widerstandes bekundete die Regierung Mitte Oktober 1989, als sie acht hochrangige ANC-Funktionäre, die alle über ein Vierteljahrhundert inhaftiert gewesen waren, freiließ. Seither ist es natürlich nur noch eine Frage der Zeit, daß auch Nelson Mandela, die Symbolfigur des schwarzen Widerstandes schlechthin, aus der Haft entlassen werden wird. Schon heute ist Mandela sehr darum bemüht, die miteinander um die Macht in einem künftigen Südafrika/Azania rivalisierenden Befreiungsbewegungen ANC, PAC und Inkatha zu versöhnen.

Einen zuvor kaum für möglich gehaltenen Triumph feierte die britische Diplomatie mit der Rede, die Staatspräsident F. W. de Klerk Anfang Februar 1990 zur Eröffnung des Kapstädter Parlaments hielt: Die vor knapp dreißig Jahren ausgesprochenen Verbote von ANC, PAC, SACP und ihnen verbundenen Organisationen wie auch

die Anfang 1988 ausgesprochenen weitgehenden Bannungen ihrer Nachfolgeorganisationen wie UDF, Azapo, National Education Crisis Committee und letztlich auch Cosatu und schließlich eine Reihe von Notstandsregelungen wurden außer Kraft gesetzt. Viele wegen politisch motivierter Delikte verurteilte Strafgefangene wurden freigelassen; in anderen Fällen wurde die Vollstreckung von Todesurteilen ausgesetzt. Die Abschaffung des »Separate Amenities Act« kündigte die Klerik für die jetzt begonnene Parlamentssession an. Auch ist jetzt mit einer teilweisen Aufhebung des Mitte der achtziger Jahre jeweils zur Jahresmitte verhängten Notstandes zu rechnen. In der Außenwelt wird aber wohl immer noch nicht deutlich genug gesehen, daß die Revolution von Oben nur möglich wurde, weil London, Moskau und Washington es verstehen, mit den Parteien des Südafrikakonfliktes entsprechend den Vorstellungen Egon Bahrs und Otto Graf Lambsdorffs für diesen Vielvölkerstaat nach einer Lösung sui generis zu suchen.

### Positionen des Widerstandes

Noch apodiktischer als bei früheren Unruhen (1960 und 1976/77) prophezeiten viele schwarze Südafrikaner und ausländische Beobachter 1984/86 den Sturz der Regierung in Pretoria. Sie alle machten damals und ebenso heute drei schwerwiegende Fehler: Sie übersahen die immer noch tiefe Zerstrittenheit der (schwarzen) Opposition; sie unterschätzten die Fähigkeit und Ruchlosigkeit der Weißen, sich diese Streitigkeiten zu Nutzen zu machen. Und schließlich unterschätzten sie einmal mehr die für Außenstehende offenbar nur schwer zu begreifende Verwurzelung des Afrikanerdoms in Südafrika. Geradezu einfältig sind nach wie vor viele der Meldungen, nach denen das »liberale« englischsprachige weiße Südafrika in den Fragen einer Neuordnung der politischen Macht konzessionsbereiter sei als das Afrikanerdom. Grotesk etwa die Einschätzung der weißafrikanischen Mitglieder der englischsprachigen Kirchen in Südafrika. Das Heer auch der deutschen »experts de courte date« hat offenbar nie die so berechtigte These des Kapstädter Theologen Charles Villa-Vicencio gehört, wonach diese Christen »starke Worte des Protestes im Munde führen, jedoch im Widerstand unglaublich schwach seien«. Unbekannt ist offenbar auch,

daß es die katholische Nonne Bernadette Ncube/Soweto ist, die 1988 in einem bewegenden Vortrag ausrief »Our God is in chains«<sup>7</sup>. Es ist doch so, daß auch die Mehrheit der weißen Katholiken, Anglikaner, Methodisten usw. bestenfalls die DP, in der Regel jedoch die NP oder gar die KP wählen.

Gespräche mit »comrades« von ANC und PAC in den Ghettos machen auch um die Jahreswende 1989/90 deutlich, daß sie trotz aller bitteren Erfahrungen nach wie vor häufig die Schwäche der eigenen und die Stärke der weißen Positionen übersehen. Ähnlich argumentierte übrigens Pallo Jordan, eines der Mitglieder des ANC, das im Juli 1987 in Dakar/Senegal mit ungefähr sechzig aus Südafrika angereisten, weitgehend afrikaans Dissidenten zusammentraf. Darauf angesprochen, daß Umkhonto we Sizwe/»MK«, die Guerillaarmee des ANC, angesichts der militärischen Stärke Pretorias nicht mehr als einen Waffenstillstand werde erzwingen können, wußte er nur zu antworten »It is not conceivable that all the sacrifices we have made, were in vain«. Hier sind nicht Revolutionsanalytiker, hier sind Revolutionsromantiker am Werk.

Selbst bei dem Treffen in Dakar, dem inzwischen viele weitere gefolgt sind, zeigte sich, wie unendlich schwierig eine Verständigung schwarzer und weißer Südafrikaner ist. Ausgangspunkt vieler Gespräche in Dakar war die These des Kapstädter Philosophen André du Toit, die Verfassung eines freien Südafrikas müsse auch das Recht auf Opposition enthalten<sup>8</sup>. Für die meisten der afrikaans Teilnehmer war die Antwort des ANC nicht befriedigend. Das Selbstverständnis des letzteren als eine revolutionäre Bewegung ließ eine andere Antwort wohl nicht zu. Der ANC sah sich in Dakar und sieht sich auch heute in der Rolle des »umbrella leader« und des Sprechers der »demokratischen Massen«. Die künftigen Verhandlungen, bei denen die Modalitäten der »Machtübergabe« von der Minderheit an die Mehrheit ausgehandelt werden, werden nach den Vorstellungen des ANC an einem »two-sided

7 »Our God is in chains« die Suid-Afrikaan (Kapstadt), 10/1988, Seite 14-15 (Seite 14). Charles Villa-Vicencio: »Trapped in Apartheid«, Maryknoll, New York, Kapstadt, 1988 und ders.: »A Source of Hope and Despair«, Seite 82-97 in: Peter Randell (Herausgeber): »Not Without Honour: Tribute to Beyers Naudé«, Johannesburg, 1982.

8 »Beginning the Debate« in: Die Suid-Afrikaan, 9/1987, Seite 18, 20-21 (Seite 18).

table« stattfinden. An ihm werden sich die »progressive forces« unter der Führung des ANC und die »racist forces« unter Führung Pretorias gegenüber sitzen. Nach dem Machtwechsel wird es in Südafrika eine neue Nation geben, aus der alle »Rassisten und Tribalisten herausdefiniert« worden sein werden. Die neue staatliche Ordnung wird ein Mehrparteiensystem sein; dessen Grenzen werden durch »liberatory intolerance« bestimmt werden. Auch in Dakar zeigte sich mit hin, daß es in Südafrika zwei politische Kulturen gibt, die nicht kompatibel sind. Kaum ein weißer Südafrikaner ist bereit, dem ANC das Recht zuzugestehen, das Post-Apartheid-Südafrika im Sinne eines revolutionären de facto Einparteiensystems zu gestalten. Dazu sind natürlich auch die beiden anderen politischen Parteien des schwarzen Südafrikas, die über große Gefolgschaft verfügen, das sind Inkatha und PAC, nicht bereit.

Der ANC bietet heute Pretoria Verhandlungen an. In Diskussionen mit Vertretern des MDM, des Gewerkschaftsdachverbandes Cosatu, des South African Council of Churches und der Southern African Catholic Bishops' Conference hat er 1989 ein Papier zu diesen Verhandlungen entwickelt<sup>9</sup>. Darin sind unter anderem seine Bedingungen für die Schaffung eines positiven Klimas für Verhandlungen niedergelegt, das sind insbesondere die Freilassung aller politischen Gefangenen, die »Entbannung« des ANC und wohl auch des PAC, der Abzug der Steitkräfte aus den schwarzen Ghettos, die Beendigung des Notstandsregimes sowie der Abschluß aller politischen Strafverfahren und Hinrichtungen. Das Papier sieht weiter vor, daß Pretoria und der ANC einen Waffenstillstand aushandeln werden. Anschließend soll die Verfassung für das neue Südafrika verhandelt und verabschiedet werden. Mit der Vorlage eines einschlägigen Dokuments<sup>10</sup> hatte der ANC schon im August 1988 klargestellt, daß sich diese Verfassung an westlich-demokratischen Vorstellungen orientieren wird. Natürlich drängt sich die Frage auf, ob es sich bei dem Bekenntnis des ANC zu den Werten einer westlichen liberalen Demokratie um mehr als ein bloßes Lippenbekenntnis handelt. Schon der Um-

gang des ANC mit den allerdings nicht weniger autoritären Rivalen im schwarzen Südafrika legt es nahe, ihm den Charakter einer westlich demokratischen Bewegung abzusprechen. Nach Abschluß der Arbeiten der Verfassungsgebenden Versammlung wird nach den Vorstellungen des ANC in Pretoria eine Übergangsregierung gebildet werden. Diese wird Südafrika regieren, bis aus allgemeinen Wahlen eine neue Regierung für das »non-racial, democratic, undivided South Africa« hervorgehen wird.

In der zweiten Jahreshälfte 1989 haben die im »OAU Committee on Southern Africa« zusammengeschlossenen afrikanischen Staaten sich namens der gesamten OAU diese Vorstellungen des ANC zu eigen gemacht<sup>11</sup>. Im September 1989 tat dies bei ihrem jüngsten Gipfeltreffen in Belgrad auch die Bewegung der blockfreien Staaten.

Das nächste Ziel des ANC ist, die Zustimmung der Vollversammlung der Vereinten Nationen und dann auch die von deren Sicherheitsrat zu bekommen. Damit wäre, ähnlich der UN-Sicherheitsrats-Resolution 435 (1978) für Namibia, eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für die Lösung des Südafrika-Konflikts geschaffen. Es ist zu erwarten, daß jene westlichen Länder, die an einer Lösung des Konflikts interessiert sind, sich dem widersetzen werden. Auch bei den Positionen des ANC kann es sich nur um Verhandlungspositionen handeln. Zu gut sollte zumindest im Westen bekannt sein, daß Pretoria sie erst nach einer militärischen Niederlage akzeptieren wird. Von einem militärischen Sieg über das weiße Südafrika ist der ANC jedoch, dies umso mehr als er 1989 seine militärischen Basen nicht nur in Angola, sondern auch in Zambia räumen mußte, noch sehr weit entfernt<sup>12</sup>. Der ANC hat aber, ebenso wie Pretoria, die Möglichkeit, die Kap-Republik ins Chaos zu stürzen.

Vielleicht gibt es trotz allem Hoffnung, daß der ANC dahinzubringen ist, die Machtverhältnisse in Südafrika realistischer zu sehen. So ist die neue Sprache auffallend, die er bei seinen inzwischen sehr zahlreichen Begegnungen auch mit eher konservativen weißen Afrikanern spricht. Schon im Juli 1987 hatte der Dichter und Maler

<sup>9</sup> In Auszügen ist das Papier abgedruckt in *Africa Research Bulletin*, 15. September 1989, Seite 9364. Siehe auch »ANC discussion paper on the issue of negotiations« in *Business Day* (Johannesburg) vom 20. Juli 1989.

<sup>10</sup> »Constitutional guidelines for a democratic South Africa« veröffentlicht durch: IDASA, Kapstadt, 1989.

<sup>11</sup> Abgedruckt »OAU Committee on Southern Africa/Political Declaration Agreed at Harare« in *Africa Research Bulletin*, 15. September 1989, Seite 9366-9367.

<sup>12</sup> Dazu Jeffrey Herbst »Prospects for Revolution in South Africa« in *Political Science Quarterly*, Winter 1988/89, Seite 665-685.

Breyten Breytenbach, der in Pretoria wegen politisch motivierter Delikte eine langjährige Haftstrafe verbüßt hat, in Dakar festgestellt, daß der ANC trotz der Militanz seiner Sprache mit durchaus realistischen Vorstellungen über das in Südafrika Machbare in Verhandlungen gehen werde.

### **Ansätze einer vermittelnden Diplomatie**

Die jüngere Geschichte ist reich an gescheiterten Versuchen, den Südafrika-Konflikt mit friedlichen Mitteln beizulegen. Erinnert sei nur an die westdeutsch-amerikanische Vorstellung der späten 70er Jahre, der westlichen Namibia-Initiative eine entsprechende Südafrika-Initiative folgen zu lassen. Genau wie der Jahre später unternommene Ansatz der sogenannten Eminent Persons Group des Commonwealth, so war auch sie an der Unterstellung ihrer Väter gescheitert, das Afrikanerdom sei reif für die Kapitulation. Dagegen ist Crocker in vielem sehr kenntnisreiche Politik des »constructive engagement« (1981 – 1988) daran gescheitert, daß der seinerzeitige amerikanische Assistant Secretary of State for African Affairs zu Unrecht annahm, das Afrikanerdom habe die Unaufschiebbarkeit des fundamentalen Wandels auch im Politischen erkannt.

Es gibt heute jedoch eine Reihe von Faktoren, die die Spitze des Broederbundes, jene geheimnisvolle Bruderschaft, die seit Jahrzehnten die Politik Pretorias stark beeinflußt, haben umdenken lassen: der hohe Grad politischer Isolierung Südafrikas und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Probleme; der fundamentale Wandel<sup>13</sup> in der sowjetischen Südafrikapolitik sowie die heutige Diplomatie Großbritanniens. So ist es nicht lange her, daß es in einem unveröffentlichten Papier des Broederbundes hieß »Das größte Risiko wäre ... kein Risiko einzugehen«. Darüberhinaus wächst Nelson Mandela, obwohl immer noch inhaftiert, jetzt vielleicht in die Rolle eines Staatsmannes hinein. So ist er nicht nur um die Schlichtung der kaum zu schlichtenden Meinungsverschiedenheiten zwischen ANC, Inkatha

und PAC bemüht. Vielmehr besteht Hoffnung, daß auch er versucht, in die Vorstellungen des ANC von dem Post-Apartheid-Südafrika ein Mehr von Realismus zu tragen. Vielleicht wird es ihm gelingen, den ANC davon zu überzeugen, daß auch die Verhandlungen über das künftige Südafrika ein Geben und Nehmen sein werden. Die Inkatha-Bewegung war stets bereit, über Rückfallpositionen zu sprechen. Der PAC dagegen wird kaum zum Kompromiß fähig sein. An dessen Nein werden die Verhandlungen jedoch kaum scheitern, da seine Gefolgschaft deutlich niedriger ist als die des ANC oder auch die von Inkatha.

Wie könnten die Kompromißformeln aussehen, die die britischen Unterhändler im Einvernehmen mit der sowjetischen und der amerikanischen Diplomatie den Südafrikanern unterbreiten werden? Die Vorlage einer Studie<sup>14</sup> des südafrikanischen Politikwissenschaftlers Pierre Hugo (UNISA/Pretoria) hat einmal mehr die Richtigkeit des Satzes unterstrichen, den Van Zyl Slabbert bei dem ersten Treffen afrikaanser Dissidenten an die Vertreter der Befreiungsbewegung richtete »If you want to overcome Apartheid, you must convince Whites, particularly Afrikaners, that there is life beyond Apartheid«<sup>15</sup>. Fürs erste zumindest ist ein Post-Apartheid-Südafrika ohne machtpolitische Absicherung des Existenzrechts der weißen Südafrikaner nicht vorstellbar. So werden in den Verhandlungen Pretorias mit dem ANC und Inkatha, wie Denis Worrall, einer der drei Vorsitzenden der DP, dies kürzlich forderte »all options – from the ANC's unitary state to Carel Boshoff's volksstaat concept – . . .«<sup>16</sup> zu diskutieren sein. Genau das hatte übrigens Lambsdorff vor Augen, als er die Bonner Regierung aufforderte, ähnlich London, Moskau und Washington eine Politik des Suchens nach Lösungen und des Vermittelns zwischen den Konfliktparteien zu betreiben<sup>17</sup>.

Es steht zu erwarten, daß diese ausländischen Mittler allen übergroßen Hindernissen zum

13 Vor allen anderen Robert von Lucius »Südafrika wird von London, der ANC von Moskau zu Verhandlungen gedrängt« in FAZ vom 28. März 1989, Seite 6 und Alexander Rabr and John Richmond »Wind of Change in South Africa from Unexpected Quarter« in Radio Liberty/Report on the USSR, May 1989, Seite 25-33.

14 »Towards Darkness and Death: Racial Demonology in South Africa«, UNISA/Dep. van Staatsleer, Pretoria, 1989, unveröffentlichtes Manuskript.

15 Klaus Freiherr von der Ropp: »Two years after Dakar, the dialogue continues« in Democracy in Action, Juli 1989, Seite 14-15 (Seite 14).

16 Nach Ronel Scheffer »Security not an impossible dream if whites join majority« in Democracy in Action (Kapstadt), August 1989, Seite 4-5, 14 (Seite 5).

17 Siehe dazu die in Fußnote 4 aufgeführten Beiträge des Bundesvorsitzenden der westdeutschen Liberalen.

Trotz die Lösung des Konflikts zunächst in einem institutionalisierten System der Teilung staatlicher Macht in einem ungeteilten Südafrika suchen werden. Das würde bedeuten, daß ANC, NP (oder KP?) und Inkatha eine auf Dauer angelegte Koalitionsregierung bilden würden. Die Weißen werden alles daran setzen, in einer solchen Regierung die Kontrolle über das Militär und die Polizei zu behalten. Das macht eine solche Koalitionsregierung für den ANC und Inkatha selbst für eine Übergangszeit unakzeptabel. Es spricht alles dafür, daß sich die ausländischen Mittler und ebenso die Konfliktparteien in Südafrika in einer späteren Phase der Verhandlungen unter anderem der Ausführungen erinnern werden, die in detaillierter Kenntnis des in Südafrika Machbaren der Liberale Van Zyl Slabbert Mitte 1989 bei einer AWEPA-Tagung in Bonn machte<sup>18</sup>: »The only morally defensible position on a partitioned nation-state that remains is represented by the son and son-in-law of the late H. F. Verwoerd ... Hendrik Verwoerd and ... Carel Boshoff ... They are prepared to sacrifice any claim to a larger South Africa if they can negotiate a small portion of the country where they can live in isolation ... The sacrifice and isolation implied by whites partitioning themselves out of the rest of South Africa holds even less appeal for even the bulk of white right-wing supporters, but I believe it does open up the possibility of introducing the policies of negotiation into the policy of partition«.

Es mag der Tag nicht fern sein, da der kluge Satz von Klaus Ritter, dem langjährigen Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik/Ebenhausen nicht mehr gilt, wonach es für eine solche Teilungs-) Lösung zugleich zu spät und zu früh sei. Ähnlich wird man die einschlägigen Ausführungen von Lamsdorff auszulegen haben. Schon eine nähere Zukunft könnte zeigen, daß seit Jahren schon im britischen und in jüngerer Zeit auch in dem amerikanischen wie auch dem sowjetischen Außenministerium über eine solche Lösung nachgedacht wird. Verbreitet ist die Auffassung, nur so das Afrikanerdom daran hindern zu können, seine volle wirtschaftliche und militärische Chaosmacht im Sinne von verbrannter Erde auszuspielen.

Slabbert ist nur zu gut bekannt, daß derartige Überlegungen selbst in Dakar und bei anderen Gelegenheiten auch in seinem eigenen liberalen, aber außerparlamentarischen Lager angestellt werden<sup>19</sup>. Vielleicht wird sich das weiße Südafrika in der Tat mit einer Umkehr der politischen und militärischen Macht zugunsten vor allem des ANCs eher abfinden, wenn zugleich das schwarze Südafrika der Schaffung eines von allen Staaten der Region in seinen geographischen Grenzen garantierten, unabhängigen Staates der weißen (besser: weißen und braunen) Afrikaner zustimmt. In jene im südwestlichen Kap gelegene Fluchtburg werden sich die weißen (oder weißen und braunen) Südafrikaner zurückziehen, die für sich und ihre Kinder eine Zukunft in dem vom ANC beherrschten Südafrika/Azania nicht sehen. Bereits vor Jahrzehnten wurde übrigens die erforderliche Infrastruktur auf Veranlassung des späteren Ministerpräsidenten Hendrik F. Verwoerd angelegt.

## Schlußbemerkungen

Es bedarf keiner weiteren Begründung dafür, daß Apartheid nicht zu reformieren und somit abzuschaffen ist. Denn Apartheid ist, wie Breyten Breytenbach bei dem Besuch des ANC und afrikaanser Dissidenten auf der Insel Gorée vor Dakar im Juli 1987 ausführte, eine moderne Form der Sklaverei. Besteht aber trotz allem nicht gerade für deutsche Politik eine moralische Verpflichtung, auch für den Fortbestand des Afrikanerdoms zu kämpfen? Das nicht etwa, weil das Gros der afrikaanssprachigen weißen Südafrikaner vor Jahrhunderten aus dem deutsch-niederländischen Grenzraum an das Kap der Guten Hoffnung wanderte. Deutsche Politik sollte sich aber daran erinnern, daß es kaum ein halbes Jahrhundert her ist, daß die Deutschen, neben den Japanern, die meistgehaßte Nation der Erde waren. Heute ist die Stellung des Afrikanerdoms jener der Deutschen in den Jahren 1933, 1939, 1941 bis 1945 in vielem ähnlich. Gerade das Niederreißen von Mauer und Stacheldraht an der innerdeutschen Grenze zeigt, wie sehr viel von Deutsch-

\* »A political overview of South Africa: now and the next few years«, Seite 18-22 (Seite 19) in AWEPA »Human Rights in South Africa/Conference Report«, Amsterdam 1989.

<sup>19</sup> Klaus Freiberr von der Ropp »Afrikaner-Israel kan'n tweede Lebanon verhoed« in *Vrye Weekblad* (Johannesburg) vom 27. Oktober 1989, Seite 18. Ders. »Two years after Dakar, the dialogue continues«, in *Democracy in Action* (Kapstadt), a.a.O. Ders. »Nuwe benaderings nodig vir Westerse inisiatiewe« in *Die Suid-Afrikaan* (Kapstadt), April/Mai 1988, Seite 34-36.

land jene Zeit der Schuld und Schande überdauert hat. Das Afrikanerdom, das trotz aller Verbrechen der Apartheid bislang ungleich weniger Schuld auf sich geladen hat als das nationalsozial-

istische Deutschland, kann dasselbe Recht auf Überleben beanspruchen. Daran mitzuwirken sollte gleichfalls Ziel liberaler Südafrikapolitik sein. ■

## Neuerscheinungen:

Horst Seefeld/Egon Klepsch (Hrsg.)  
**Stimmen der Welt  
im Europäischen Parlament  
Reden von Staatsoberhäuptern  
1980–1987**

192 Seiten, DM 35,-, ISBN 3-7713-0330-3

Karl von Wogau/Klaus Löffler/  
Dieter Mitzka

**Der Milliarden-Joker  
Binnenmarkt '92 aktuell**

176 Seiten, DM 18,-, ISBN 3-7713-0333-8

**Europas Zukunft im Weltraum**

Ein gemeinsamer Bericht europäischer  
Institute

206 Seiten, DM 39,50, ISBN 3-7713-0327-3

Axel N. Zarges

**Europäische Gemeinschaft und Rat für  
Gegenseitige Wirtschaftshilfe  
Plädoyer für eine Zusammenarbeit**

184 Seiten, DM 28,-, ISBN 3-7713-0308-7

Karl-Ernst Schenk/Hans-Joachim Seeler  
**Neue Perspektiven der EG-Beziehungen  
mit den RGW-Mitgliedstaaten**

218 Seiten, DM 48,-, ISBN 3-7713-0323-0

Franz Knipping/Ernst Weisenfeld (Hrsg.)  
**Eine ungewöhnliche Geschichte  
Deutschland–Frankreich seit 1870**

DFJW-Taschenbuch  
200 Seiten, DM 29,80, ISBN 3-7713-0310-9

Karl Kaiser/John Roper  
**Die Stille Allianz – Deutsch-Britische  
Sicherheitskooperation**

346 Seiten, DM 38,-, ISBN 3-7713-0315-X

Walter Wellner/Gerhard Schmich  
**Europa auf dem Wege zur Sozialunion  
Entwicklung – Analysen – Perspektiven**

216 Seiten, DM 48,-, ISBN 3-7713-0311-7

Grabitz/Schmuck u. a.

**Direktwahl und Demokratisierung**  
Eine Funktionenbilanz des Europäischen  
Parlaments nach der ersten Wahlperiode

724 Seiten, DM 89,-, ISBN 3-7713-0293-5

**Gemeinsame Agrarpolitik,  
Europäische Integration  
und weltwirtschaftliche Arbeitsteilung**

76 Seiten, DM 19,80, ISBN 3-7713-0318-4

**Common Agricultural Policy, European  
Integration and International Division  
of Labour**

88 pages, DM 15,80, ISBN 3-7713-0319-2

Otto Schmuck  
**Umweltpolitik: Grenzüberschreitende  
Probleme – Europäische Lösungen**

Eine Broschüre für Schule und Erwach-  
senenbildung

48 Seiten, DM 9,80, ISBN 3-7713-0326-5

Sabine Pag-Kuhn/Otto Schmuck  
**Umweltpolitik – Eine europäische Auf-  
gabe – Materialien zur Europapolitik**

344 Seiten, DM 33,-, ISBN 3-7713-0314-1

Wessels/Regelsberger (edit.)  
**The Federal Republic of Germany and  
the European Community:  
The Presidency and Beyond**

328 pages, DM 38,-, ISBN 3-7713-0325-7

**EUROPA UNION VERLAG**

Europa-Zentrum · Bachstr. 32 · Postfach 15 29 · 5300 Bonn

